

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nr. 7/96 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Gegen Spenden kein Einspruch ★ Juli 1996



Über 350.000 in Bonn – ISOR dabei!

Eindrücke von ISOR-Mitgliedern

Ein heißer Tag in Bonn. Heiß vom Protest der mehr als 350.000 aus Ost und West gegen den Sozialabbau der Kohl, Waigel und Blüm. Damit hatten die Regierenden in Bonn nicht gerechnet. Statt der erwarteten 250.000 kamen über 350.000 Teilnehmer.

Das Blatt beginnt sich zu wenden, seit den Menschen bewußt wird, in welchem Ausmaß die Herrschenden in Bonn mit Worten von der Erhaltung des Sozialstaates, der Sicherheit der Renten und der Schaffung von Arbeitsplätzen auf den Lippen die Geschäfte des Kapitals besorgen. Die Kosten der Einheit sind hoch durch das, was aus Zeiten vor der Wende nachzuholen und durch das, was durch Kahlschlag und Arroganz danach aufgetürmt ist. Dazu drückt die Krise, welche man verschämt „Wachstumsdelle“ nennt. Sie wird gefördert durch das Unvermögen der Reichen und ihrer Politiker, im Lande selbst genügend Arbeit zu schaffen, die den erreichten Lebensstandard trägt und bezahlbar bleibt. Während die Herrschenden neue Steuern für die Arbeitenden ersinnen und die Renten beschneiden wollen, sehen sie zu, wie die Reichen sich der Steuer entziehen und im Lande erarbeitetes Kapital außer Landes schaffen.

In Bonn war unmittelbar zu erleben: Der Kampf gegen Rentenstraftrecht ist einer der vielen für die Erhaltung des Sozialstaates. Das monatelange Bemühen der vom AAÜG Benachteiligten, endlich auch in der Bonner Öffentlichkeit ein sichtbares Zeichen setzen zu können, hat fast über Nacht eine neue Dimension erhalten. Eben noch bemühte sich das Ostdeutsche Kuratorium darum, im Bündnis mit den Organisatoren protestwilliger Studenten einen Sternmarsch nach Bonn zu organisieren, da schalteten sich die mitgliederstarken Ge-

werkschaften in den Kampf ein. Aus drei Sonderzügen wurden 74, aus 25 Bussen wurden 5400.

Auf die zunächst von nüchterner Einschätzung der anfänglichen Möglichkeiten gegebenen Hinweise des Vorstandes an die TIG, die Teilnahme an dem Sternmarsch in die eigenen Hände zu nehmen, haben viele Freunde reagiert. Besonders aktiv die Berlin-Treptower, Chemnitzer, Rostocker, Potsdam-Waldstädter, Strausberger, Schweriner, Suhler und Cottbuser, um nur einige zu nennen. Durch ihre guten Kontakte am Ort konnten sie der Entwicklung schnell folgen. Schon im Gewerkschaftszug begann das Gespräch der mitfahrenden ISOR-Mitglieder mit den Gewerkschaftern, ebenso wie im GBM-Zug, an den die Gewerkschaft einige Wagen anhängen ließ.

In Bonn-Beuel fand man sich auf der Kundgebung, auf der u. a. Gregor Gysi das Wort ergriff, ebenso wie nachmittags im Hofgarten Seite an Seite. Bonn war fest in der Hand der Demonstranten. Die Treptower entfalten vor der Haupttribüne ihre meterlangen Transparente. „Beseitigung des Rentenstraftrechts für alle Betroffenen“ wurde zustimmend aufgenommen, während Dieter Schulte denen in Nadelstreifen die Leviten las. Alle Redner beschworen ein weites Bündnis gegen den Sozialabbau. Weitere Aktionen sollen folgen. Jetzt sind auch für uns mehr Möglichkeiten gegeben, an diesem Bündnis teilzunehmen. Gehen wir auf allen Ebenen über die bisher Verbündeten hinaus auf neue zu. Erheben wir im Chor aller unsere Stimme. Dies wird auch künftig vor allem davon abhängen, wie es die TIG vor Ort verstehen, Möglichkeiten aufzugreifen und ihre Mitglieder zum Mitmachen zu mobilisieren.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Über 50 Mitglieder der TIG Berlin Treptow nahmen an der Demonstration in Bonn teil. Ausgangspunkt hierfür waren Überlegungen bereits auf unserer Jahresversammlung im Januar dieses Jahres, auf der wir Möglichkeiten diskutierten, unseren Protest gegen das Rentenstraftrecht direkt und persönlich in Bonn öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck zu bringen.

Gemeinsam mit interessierten Vereinen und Verbänden wurden nach dem ersten Aufruf zum „Sternmarsch nach Bonn“ ab März die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen. Hierbei bewährte sich insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Komitees für Gerechtigkeit und Funktionären der GBM. Abgestimmte Werbemaßnahmen, Festlegung der Losungen für die Transparente, deren Fertigung, Information der Teilnehmer über veränderte Abfahrtszeiten standen dabei im Mittelpunkt. Die Überlegungen des Vorstandes, ISOR-Mitgliedern, die nicht nach Bonn mitfahren konnten, die Möglichkeit zu geben, das Anliegen zu unterstützen, erwiesen sich als richtig. Rund 4.500 DM Spenden für diesen Zweck bewiesen das.

Natürlich war die Aufenthaltszeit in Bonn, gemessen an der Hin- und Rückfahrt, nur kurz. Wir schafften es aber trotz des großen Gedränges zwei unserer drei Transparente vor der Tribüne zu plazieren (siehe Titelbild).

Unter dem Strich bleibt: Es war richtig dabeizusein, denn wir haben zumindest den Versuch gemacht, gegen die menschenverachtende Politik der Regierung zu wirken. Dank allen, die spendeten und denen, die mitfuhren, denn so verbanden sich Solidarität und Kampf. **Karl Jaschob**

★

Wir bestiegen den Zug in Berlin-Lichtenberg. Wir, das war die ganze Familie mit Kindern und vier Enkelkindern zwischen fünf und dreizehn Jahren.

Die Stimmung im Zug war gut. Viele jüngere Leute waren dabei. Ein ISOR-Mitglied verteilte die jüngste Ausgabe von *ISOR aktuell*, die von Mildemonstranten während der Fahrt aufmerksam gelesen wurde. Es kam zu zahlreichen Begegnungen zwischen Bekannten und bisher Unbekannten sowie zu Gesprächen u. a. über die Notwendigkeit, die Proteste auf eine höhere Stufe zu heben. Nach insgesamt 20stündiger Bahnfahrt und nur zwei Stunden in Bonn waren alle einer Meinung: Wir waren dabei, es hat sich gelohnt. Vermiss habe ich als „Ossi“ in Bonn einen vieltausendfachen Chor: „Wir sind das Volk!“ – nicht die Arbeitgeberpräsidenten und deren Bundesregierung! Wir sollten das eingedenk der 89er Erfahrungen nachholen und immer wieder lautstark gegenüber den Bonner Ignoranten wiederholen. **Rudolf Nitsche**

★

Mitglieder der TIG Rostock, Wismar und Kühlungsborn sowie Mitglieder der GBM waren bei der großen Demonstration gegen den Sozialabbau in Bonn dabei. Von

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

besonderer Bedeutung war unser Transparent: „Weg mit dem Rentenstrafrecht“. Diese Losung war bei Teilnehmern aus den Altbundesländern unverständlich. So erkundigte sich zum Beispiel ein Hannoveraner, was das zu bedeuten hat. Nach der Erläuterung der Zusammenhänge fand er die Begründung der Regierung für das Rentenstrafrecht schockierend. Von den Medien in Niedersachsen würde darüber nichts berichtet. Nach dem Hinweis auf weitere Ungerechtigkeiten in den neuen Bundesländern, wie Enteignungen, Berufsverbote usw. erschienen ihm diese Tatsachen unglaublich. Das würde sich ja so anhören, als ob diese Länder wie eine Kolonie behandelt werden. Das wurde im Gespräch mit weiteren Beispielen bestätigt.

Johannes Klatt

★

Die 20 ISOR-Mitglieder aus Chemnitz werden diesen 15. Juni nicht vergessen. Sicher hat jeder von uns andere Eindrücke und unterschiedliche Empfindungen aufgenommen. Für mich waren die 30 Stunden eine Quelle zum Tanken von Kraft und Zuversicht. Ich fühlte mich in Bonn zurückversetzt in die Zeiten des Deutschlandtreffens. Im Unterschied zu damals waren es diesmal nicht vornehmlich junge, erlebnishungrige, sondern besorgte Menschen jeden Alters mit der kämpferischen Haltung, den Druck von unten gegen die Politik der Oberen, Reichen zu verstärken.

Neben der Hofgartenwiese in Größe von 4 Fußballfeldern waren weitere Plätze und Straßen vollgestopft mit Menschen, und es war beeindruckend, wie über die Kennedybrücke das bunte Band der Demonstranten mit ihren Fahnen und Transparenten strömte. Meine Empfindungen sind in Kürze nur schwerlich zu schildern. Ich will aber drei hervorheben.

Ich empfand eine starke Solidarität, die ja in dieser Ellbogengesellschaft nicht mehr alltäglich ist. Kam der einzelne auch mit unterschiedlichen Sorgen, umfaßten sie doch das gesamte Spektrum der sozialen Bereiche, die heute immer mehr beschnitten werden sollen. Mit dem Bekenntnis, das jeder Teilnehmer an seiner Kleidung sichtbar trug, den Druck von unten zu verstärken, drang die Gewißheit ins Bewußtsein, daß es noch eine Kraft gibt, die zur Gemeinsamkeit, zum Miteinander in wesentlichen Fragen fähig ist.

Daraus erwuchs die Erkenntnis von der Kraft der Einheit. Da gab es kein Ossi/Wessi-Problem, keine Ausgrenzung von Minderheiten, keine Diskriminierung von Ausländern. Wenn auch die Redner versuchten, einige der tragenden Kräfte zu ignorieren, sie waren dennoch überall sichtbar vertreten.

Es beeindruckte mich, daß im Zug der Hessen auch unter einem großen Transparent der PDS, die ja nur 266 Mitglieder hat, demonstriert wurde. Auch als ich den starken Zug der Bayern sah, rief das bei mir Be-

wunderung hervor. Verbindet sich doch bei mir mit Bayern vornehmlich das Bild einer erzreaktionären Politik.

Sollten die Pfiffe gegen den DGB-Vorsitzenden noch deutlich machen, daß die Menschen mit dem Zurückweichen ihrer Vertreter gegenüber der Regierung nicht einverstanden sind, so wurde der einheitliche Wille unüberhörbar, als während der flammenden Rede der Bonner Studentin Sonja Riemann die Hunderttausende in den rhythmischen Ruf einfielen „Kohl muß weg“. Das gab der Forderung Ausdruck, diesen 15. Juni als Auftakt für weitere wirksame Maßnahmen gegen den Sozialabbau zu werten.

Als letztes will ich meine Hochachtung nennen, die ich den Organisatoren der Gewerkschaften entgegenbringe. Was sie zustande brachten mit Transport, Verpflegung, Versorgung und dem gesamten Ablauf, verdient Anerkennung.

Ich habe meine Schlußfolgerungen für weitere gemeinsame Aktionen der Rentnerinitiative Chemnitz mit den Gewerkschaften noch auf der Rückfahrt im Zug mit dem DGB-Vorsitzenden von Chemnitz ausgewertet, und es war auch für ihn eine Erkenntnis, daß im Zusammenwirken mit allen Verbänden bis zu den Studenten, den Frauen, dem Ostdeutschen Kuratorium und der PDS wirksame Aktionen möglich sind. Der Unterschriftenaktion für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ in Sachsen haben wir uns angeschlossen.

Wir Teilnehmer am 15. Juni werden in Auswertung unserer Erlebnisse darauf Einfluß nehmen, die Präsenz von ISOR weiter zu stärken.

Werner Feigel

Zitat des Monats:

„Es setzt sich nur soviel Wahrheit durch, als wir durchsetzen!“

BERTOLT BRECHT

An der Demo in Bonn nahmen auch Vertreter der TIG Pößneck teil.

Bonns Bürgermeisterin nannte den Hofgarten einen Plenarsaal des Volkes. Leider stand keiner der Regierenden dort Rede und Antwort. Im Gegenteil – CDU-Fraktionschef Schäuble erklärte an anderem Ort: „Wir beugen uns nicht dem Druck der Straße.“ Und den Punkt aufs „I“ setzte Kanzler Kohl am 18. Juni in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“, indem er die sozialen Abstriche bagatellierte.

Fritz Wächter

PDS faßt nach!

Nachdem am 24. Mai 1996 der Bundestag den Entwurf des AAÜG-Änderungsgesetzes in erster Lesung behandelt und ihn in die Ausschüsse verwiesen hat (siehe „ISOR aktuell“ Nr. 6/96, Seite 4), um die

zweite und dritte Lesung vorzubereiten, hat die PDS-Bundestagsgruppe am 11. Juni 1996 an die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Frau Mascher, 20 Änderungsvorschläge für die weitere Arbeit am Gesetzentwurf eingereicht. Sie sollen im Ausschuß beraten werden und dem Antrag entsprechend zur Änderung des Gesetzentwurfes führen. Nach Auskunft von Frau Mascher vom 27. 06. 1996 wird der Ausschuß ... „die Beratungen zum AAÜG-Änderungsgesetz nach der parlamentarischen Sommerpause voraussichtlich noch im September aufnehmen.“ (!)

Die wichtigsten Änderungsvorschläge der Bundestagsgruppe der PDS sind:

- Das politische Strafrecht ist aus dem AAÜG zu entfernen, d.h. § 7 AAÜG (0,7 Entgeltpunkte je Dienstjahr MIS/AINS) ist zu streichen, ebenso die vorgesehene Anlage 4 zum § 6 AAÜG (1,0 Entgeltpunkte für Jahre, in denen das Einkommen 31 TDM übersteigt). Damit würden für alle Zusatz- und Sonderversorgungssysteme Einschränkungen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze entfallen.

- Das AAÜG-Änderungsgesetz gilt nicht erst ab vorgesehener Inkraftsetzung 01.01.1996, sondern ab Rentenbeginn, d.h. auch rückwirkend. Das würde die Abschaffung des politischen Strafrechts durch Rentenkürzung konsequent auch für die bereits vollzogenen Kürzungen und eine entsprechende Nachzahlung bedeuten.

- Alle Zahlungsbegrenzungen gem. § 10 AAÜG werden aufgehoben. Das hat besondere Bedeutung für die von den bisher begrenzten Zahlbeträgen abgeleiteten Hinterbliebenenrenten.

- Verlängerung des Vertrauens-(Bestands) schutzes für alle bis 31.12.1996. Für unsere Neurentner ab 01.01.1994 wichtig.

- Beibehaltung des Frauenrentenalters nach Vollendung des 60. Lebensjahres.

Die weiteren Vorschläge beinhalten u. a. Neuberechnung der Rente für bisher nur pauschal unbewertete SV- und FZR-Renten; Schließung der Überführungslücken für Blinde und Sonderpflegegeldempfänger; für Anerkennung der freiwilligen Versicherung, des Frauensonderstudiums und der Aspiranturen, der Auslandseinsätze, für mithelfende Familienangehörige; Rückzahlung der Krankenversicherungsbeiträge der Rentner aus Sonderversorgungssystemen aus dem Jahre 1991; Weiterzahlung von Betriebsrenten; Abschmelzung der Auffüllbeträge erst, wenn die aktuellen Rentenwerte Ost und West gleich sind; Beibehaltung des Sozialzuschlages.

Unterstützen wir diese Vorschläge durch unsere Aktivitäten zur Abschaffung des Rentenstrafrechts! Wir sollten die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung unsere Unterstützung für die Vorschläge der PDS wissen lassen. Schreibt an sie! Prof. Dr. Willi Hellmann

TIG in Kürze

Die TIG Hohenschönhausen ist seit Jahren in dem im Stadtbezirk wirkenden Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit ein unverzichtbarer aktiver Mitarbeiter und anerkannter Bündnispartner. Geschätzt wird das Mitwirken der ISOR-Gemeinschaft beim alljährlich stattfindenden populären Maifest am Obersee. Als ein bedeutender Schritt wurde die Gründung eines Seniorenparlamentes im September 1996 in Hohenschönhausen mitgetragen, es soll gemeinsam mit Vertretern des Bezirksamtes und Bezirksverordneten aller Fraktionen, im breiten Bündnis mit allen Mitgliedern der Seniorenvertretung das Leben der Senioren verbessern und unterstützen. **Prof. Dr. Werner Wunderlich**

★

Die TIG Stendal übergab am 8. Mai eine Petition gegen das Rentenstrafrecht mit 436 Unterschriften gegen das Rentenstrafrecht an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages.

★

In den Versammlungen aller drei Bereiche der TIG Stralsund im Juni wurde der Koalitionsentwurf zur Novellierung des RÜG einer kritischen Bewertung unterzogen. Die positiven Veränderungen, die zweifelsohne einen beachtlichen Fortschritt darstellen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele unserer Mitglieder noch voll oder teilweise vom Rentenstrafrecht betroffen sein werden. In unserer TIG sind es von 530 Mitgliedern nach erstem Überblick etwa 300, die wahrscheinlich nur über das Bundesverfassungsgericht zu ihrem Recht kommen können. Hier ist weiterhin Solidarität gefordert, die schon in der Anzahl der jetzt Betroffenen eine breite Basis hat, die aber auch aus der Sicht der noch in das Strafrecht hineinwachsenden jüngeren Angehörigen ehemaliger bewaffneter Organe eine breite Basis braucht. Jedem Mitglied und jeder TIG sollte klar sein, daß die juristische Auseinandersetzung damit weiter belebt wird und neue Dimensionen annimmt. Deshalb kann es für uns weiterhin nur ein festes Zusammenstehen geben.

Folgendes ist bemerkenswert: Bei der Wahl des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund durch die Bürgerschaft am 13. Juni 1996 wurden in geheimer Abstimmung die Vertreter zweier Verbände, die bisher aktiv gearbeitet und den Seniorenbeirat in seiner Arbeit bereichert haben, ausgebootet: DBwV und ISOR e. V.!

Beide Verbände wurden ausgegrenzt, das sollte nachdenklich stimmen, und was das Zusammengehen an der Basis betrifft, so sollten keine neuen Mauern zwischen Verbänden von Betroffenen errichtet werden, auch im Hinblick auf die Abgrenzungsversuche des Vorstandes des DBwV gegenüber ISOR. **Dr. Dietrich Richter**

★

„Wie weiter im Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen Sozialabbau?“ war das Motto einer Veranstaltung am 15. Juni in Frankfurt/Oder, zu welcher BRH, GBM,

Unser Freund Blechschmidt von der TIG Glauchau/Hohenstein-Ernsttal und auch andere Freunde

Aus Blüms Trickkiste
machten uns auf ein Schreiben aus dem Ministerium des Herrn Blüm aufmerksam, in dem an der Rente eines ehemaligen Mitarbeiters des MfS aufgezeigt wird, daß diese doch fast so hoch sei, wie die durchschnittliche Rente für Männer und Frauen in den neuen Bundesländern und deshalb auch kein Bedürfnis bestehe, an der jetzt vorgesehenen Regelung für ehemalige MIS/AFNS-Mitarbeiter etwas zu ändern.

Dieses Rechenbeispiel ist symptomatisch dafür, mit welcher Demagogie dieses Ministerium soziale Fragen angeht und für wie dumm es die Empfänger solcher Schreiben hält. Es wird dort dargestellt, daß ein ehemaliger MIS-Angehöriger mit 29 Dienstjahren zum 01.01.1996 eine Nettorente von rd. 1.277 DM erhalte. Geßlissentlich wird verschwiegen, daß dieser Rentempfänger neben seinen 29 Dienstjahren noch mindestens weitere 16 Arbeitsjahre für die Rente mitbringen müßte, in denen er annähernd pro Arbeitsjahr 1,0 Entgeltpunkte hätte erreichen müssen, um auf die besagte Nettorente zu kommen, denn 29 Dienstjahre beim MfS ergeben höchstens $29 \times 0,7 = 20,3$ Entgeltpunkte oder rd. 717 DM Monatsnettorente. In diesem Beispiel erhält der besagte Mitarbeiter für 29 Arbeitsjahre beim MfS 717 DM und für weitere 16 Arbeitsjahre mit Durchschnittseinkommen 560 DM Nettorente. Es ist also nur die halbe Wahrheit und damit auch eine Lüge, wenn in dem besagten Schreiben erklärt wird, ein MfS-Mitarbeiter mit 29 Dienstjahren erhält 1.277 DM Nettorente. Die Empfänger solcher Briefe sollten sich bei Herrn Minister Blüm für die „Aufklärung“ über ihre soziale Lage bedanken.

ISOR, BGV, DBwV und GRH gemeinsam eingeladen hatten. Die 250 Teilnehmer, zu denen u. a. MdB Junghans und vom ISOR-Vorstand Bernhard Geier sprachen, bekannten sich zur Fortsetzung der engen Zusammenarbeit ihrer Vereinigungen im Kampf um die sozialen Rechte der Mitglieder.

Die Versammlung verabschiedete eine Erklärung an den Bundestag, in der es heißt: „Nunmehr konnten wir zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung ... endlich einen eigenen Entwurf zur Änderung und Ergänzung des AAÜG auf den Weg gebracht hat. Damit soll eine Neuordnung der willkürlichen Begrenzungsregelungen mit sozialem Befriedungseffekt erreicht werden. Wir stimmen den Feststellungen zu, die im Gesetzentwurf einen ersten Schritt zu mehr Rentengerechtigkeit sehen. Weil jedoch mit der geplanten Neuordnung der Begrenzungsregelungen die „besondere Systemverbundenheit“ willkürlich neu definiert, damit die Ungleichheit im Rentenrecht weiter verschärft und für viele das Rentenstrafrecht fortgesetzt wird, bekunden wir den Willen unserer Verbände und Vereinigungen zur weiteren Zusammenarbeit und uneingeschränkten Solidarität mit den Betroffenen.“ **Kurt Grüneberg**

Aus der Postmappe

Eine faustdicke Lüge

Auch die vorgesehene – und immer wieder auf die lange Bank geschobene – Novellierung des RÜG/AAÜG wird von der den Entwurf einbringenden Bundesregierung mit einer faustdicken Lüge begleitet.

Leute, alles nicht so schlimm, „nur noch“ 25.000 – so wird suggeriert – werden künftig von politischer Strafrente betroffen sein. Allein schon diese Zahl ist eine Frechheit: Jeder weiter mit politischer Rentenkürzung Bestrafte ist einer zuviel.

Tatsächlich betrifft es alle „staatsnahen“ DDR-Bürger ab einer bestimmten Gehaltshöhe (wobei ja allein bei Anwendung der allgemeinen Bemessungsgrenze „überhöhte“ Gehälter gekappt wären); ferner alle Angehörigen des MIS/AFNS (nach offiziellen Angaben zwischen 80 - 100.000) sowie alle,

die aus diesem Personenkreis noch in Rente gehen werden. Die unverdächtige „Berliner Zeitung“ vom 25.5.96 formuliert das so: Betroffen sind weiterhin 65.000 Personen. Weiteren 300.000 droht Kürzung, wenn sie ins Rentenalter kommen. **Rudolf Nitsche**

★

Durch meinen Betreuer, Herrn Jaentsch, so wie aus *ISOR aktuell* habe ich erfahren, daß bestimmte Bundesdienststellen eine Besteuerung der Mitgliedsbeiträge in Aussicht genommen haben. Dagegen protestiere ich auf das entschiedenste. Ich bin seit 1993 Heimbewohner der Arbeiterwohlfahrt in Plauen, bin doppelt Oberschenkelamputiert und auf einem Auge erblindet. Mein Betreuer von ISOR kümmert sich vorbildlich um mich. Er besucht mich in kürzeren Abständen, klärt mich über das Geschehen in der Öffentlichkeit auf und bedenkt mich mit kleinen Geschenken. Er wirkt also weit über den Rahmen einer „nur Beitragskassierung“ hinaus.

Walter Schühmann, Plauen

★

Ich bin überzeugt, daß viele Mitglieder berührt sind vom Inhalt dieses Artikels. Harry Fischer, Hettstedt, hat zur richtigen Zeit seine persönliche Position zu diesem für uns alle notwendigen Thema dargelegt (*ISOR aktuell* 5/96). Auch bei uns in der TIG Merseburg wurden zwei Austritte erklärt, nachdem ihre Renten für sie angehoben wurden und sie den Standpunkt vertraten, ihre Ziele seien erreicht. Selbstverständlich wurde dies für nicht richtig erachtet, zumal sich die Leitungsmitglieder vorher um die Formulierung der Widersprüche, die zu diesem Ergebnis führten, bemühten. Der größte Teil unserer Mitglieder hat sich wiederholt für ein unbedingtes Weiterbestehen unserer Gemeinschaft ausgesprochen, bis auch der letzte unserer Mitglieder aus dem Rentenstrafrecht befreit ist. Deshalb werden die Hettstedter Hinweise von unseren Mitgliedern als unbedingtes Erfordernis angesehen und zum ständigen Beratungsgegenstand in den Mitgliederversammlungen gemacht. Harry, auch wir in Merseburg lassen nichts unversucht und leisten weiterhin unseren Widerstand gegen das Rentenunrecht.

Hans-Jürgen Schmidt, Merseburg

NACHRUUF

Fünf Jahre stand er an unserer Seite, war Mitbegründer der ISOR, brachte sich ein mit ersten Erfahrungen auf dem Gebiet des Vereinsrechts, arbeitete zielstrebig und konsequent, mit hohem sozialem Engagement, setzte sich auseinander mit Finanzgepflogenheiten eines Vereins und übernahm dieses Aufgabengebiet als eines der schwierigsten in unserem Vereinsleben. An der Verantwortung hat er manches Mal schwer zu tragen gehabt. Kollegialität war sein Wesen.

Horst Siewkowski

Bitterkeit über Dein viel zu frühes Ableben macht sich breit, Wut über die Trägheit in den Entscheidungsetagen der Bundesregierung. Du hast viel dazu beigetragen, daß auch ich immer wieder mit neuer Energie am Geschehen des Vereins teilnehme. Dein Platz ist leer – wir werden um so mehr um Gerechtigkeit ringen.

Im Namen des Vorstandes
Astrid Karger

Forum

Zuschriften auf den Brief des ISOR-Geschäftsführers Bernhard Elsner in *ISOR aktuell* 5/96

Aufmerksam haben meine Frau und ich Deine bewegenden Gedanken um Sein und Werden unserer Vereinigung „ISOR e.V.“ gelesen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt müssen wir erst einmal festhalten, daß von der Regierungsseite noch nichts Handfestes zum RÜG verkündet wurde, das bei der Gesamtheit der betroffenen Mitglieder in Anwendung kommt. Unsere Meinung ist, diesen Kampf gegen Unrecht und Schikane bis zum Ende durchzustehen. Haben wir das Ziel irgendwann erreicht, sollte man annehmen, daß unsere Bande soweit gefestigt sind, um der nachfolgenden Generation Rentner, den ebenfalls Betroffenen, den steinigen Weg ins Rentendasein zu ebnen.

Ich bin der Meinung, daß unsere Vereinigung schon nach fünfjährigem Bestehen die Legitimation hat, Anwalt, Treffpunkt und Heimat für unsere Mitglieder und Freunde auch weiterhin zu sein. Dazu ist notwendig, daß die Vereinstätigkeit auf die Zukunft ausgerichtet und die Solidargemeinschaft gefestigt wird.

Günter Schunack, Saßnitz

★

Der Beitrag von Bernhard Elsner hat uns zur Feder greifen lassen. Aus familiären Grün-

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

den zogen wir im Dezember 1994 von Berlin nach Suhl. Hier fanden wir durch die TIG eine herzliche Aufnahme. Wir haben gespürt, daß freundschaftliche Verbundenheit, gegenseitige Hilfe und Unterstützung vorhanden sind. Es darf dem Gesetzgeber nicht gelingen, uns zu spalten. Der Sozialabbau grassiert, deshalb brauchen wir alle Solidarität. „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig“, drückt Schiller im „Wilhelm Tell“ aus. **Rudolf und Gerda Stiller, Suhl** (Das Forum wird fortgesetzt)

Bei anderen gelesen

Die *Berliner Zeitung* berichtete am 20. Juni über den Jahresbericht 1995 des Bundestags-Petitionsausschusses. „Der Ausschuß entwickelt sich nach den Worten seiner Vorsitzenden, Frau Christa Nickels, zu einem immer wichtigeren Beschwerdegremium für die Bürger. 1995 nahm die Zahl der Eingaben erneut um neun Prozent zu ... Dauerbrenner bei den Eingaben waren auch im vergangenen Jahr nach Nickels Worten Probleme beim Renten- und Mietenüberleitungsrecht für ehemaligen DDR-Bürger“, schreibt die Zeitung.

★

Die *GBM-Förderkreis Senioren-Information* informiert in Nr. 3/96 über die Unterschriftenaktion des Förderkreises: „Unsere Unterschriftensammlung zur Rentenpolitik hat große Resonanz gefunden. Über 35.000 Rentnerinnen und Rentner aus den neuen Bundesländern und Berlin hatten bis Ende Mai auf diese Weise ihre Stimme gegen Ungerechtigkeiten in ihrer Altersversorgung erhoben. Erste Listen mit rund 23.000 Unterschriften haben Vertreter des Förderkreises Senioren bei der GBM e.V. am 15. Mai in Bonn dem Petitionsausschuß übergeben...“

★

Neben kritischen Berichten über Rentenbesteuerungspläne von Waigel und Seehofer sowie über die Bundesratsdebatte zum RÜG befaßt sich die vom Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) im Deutschen Beamtenbund herausgegebene Zeitschrift *Im Ruhestand* 6/96 in einem Beitrag mit Werkspensionen. Es wird eine Tabelle aus dem Wirtschaftsmagazin *Capital* vom April 1996 wiedergegeben, die zeigt, mit wieviel Betriebsrente – gemessen an den Bruttobezügen vor der Pensionierung – ein Mitarbeiter rechnen kann, wenn er in Rente geht. Beispielsweise betragen die Prozentsätze bei der Dresdner Bank 20 bis 25, bei der BASF 15 bis 20, bei Daimler-Benz 12 bis 17, Thyssen 3,5 und Siemens 8. Das Blatt schreibt u.a. „Die Werkspensionen sind ... immer noch recht ansehnlich. Schließlich stocken sie die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf und führen so zu einem Gesamteinkommen, das vergleichbaren Beamtenpensionen nicht nachsteht.“

Weiter heißt es: „Und auch – ganz besonders wichtig – bei den Konzepten zur Ver-

besserung der Rentenüberleitung Ost muß berücksichtigt werden, daß die Rentner in den neuen Ländern nur ihre Rente haben, also über keine Zusatz- oder Betriebsrente verfügen. Mehr noch: Diese Kolleginnen und Kollegen haben in DDR-Zeiten in der Regel auch nicht die Möglichkeit gehabt, sich ein weiteres Standbein ihrer Altersversorgung, z.B. in Form eines eigenen Hauses, eines kleinen Vermögens ... aufzubauen. Um so dringender ist es deshalb, bei der Ostrente auf Abstriche zu verzichten. Auch bei voller Rente sind diese Menschen eher immer noch im Nachteil.“



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Günter Altenkrüger, Meißen
Harry Artope, Weißenfels
Horst Beeck, Stralsund
Rudi Breetz, Hennigsdorf
Heinz Enold, Freital
Arthur Frieß, Chemnitz
Walter Händel, Bln.-H'hausen
Gerhard Harnisch, Bln.-H'hausen
Erika Henzchen, Bln.-H'hausen
Günter Hopf, Chemnitz
Erich Illig, Gera
Walter Jahn, Pößneck
Dr. Werner Lonitz, Wandlitz
Harry Marr, Berlin-Wartenberg
Gertraud Müller, Bln.-H'hausen
Manfred Reinwarth, Bln.-H'hausen
Ulrich Sagner, Dresden
Rudolf Sander, Berlin-Treptow
Helmut Sauer, Halle
Gerda Schuster, Bln.-H'hausen
Charlotte Steglich, Bln.-H'hausen

Ehre ihrem Andenken.

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: (030) 58 31 43 15
Fax: (030) 58 31 43 16
Postanschrift: ISOR e.V.
Postfach 0423
10324 Berlin

Sprechstunden:
Dienstag 9 bis 13 Uhr
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin